

EBERBACHER ZEITUNG



STADT- UND LANDBOTE

Jahrgang 133 / Nr. 53

Mittwoch, 5. März 2025 • 2,40 Euro

Heute im Lokalen



Bunter Umzug

Mit weniger Teilnehmern, dafür mehr Zuschauern und Polizei verlief der Eberbacher Fastnachtsumzug gestern wie erwartet ohne Zwischenfälle. Die Reaktionen der Teilnehmer auf die Entscheidung, den Umzug durchzuführen, waren positiv.

Positive Resonanz

Tolle Stimmung bei bestem Wetter. Am Eberbacher Fastnachtsumzug gab es für Fastnachtfans so einiges zu sehen. Besucherinnen und Besucher berichten über ihre Eindrücke des Gaudiwurms erzählen, was ihnen am besten gefallen hat

„UnFarbenLeere“

Schwarz-weiß-Denken ist wieder angesagt. Das zumindest behaupten Philosoph Jochen König und Pianist Ronald Autenrieth bei ihrer dadaistischen „Happening, Installation, Performance“ zum Thema weiß-schwarz. Obwohl sich das buntgekleidete Publikum nicht wirklich an den Dresscode des Abends gehalten hatte, tat dies der Spielfreude des Duos keinen Abbruch.

Party-Stimmung

Ob die Frauenfastnacht in Dielbach, die 17. HSD-Nacht in Hirschhorn oder der „Haffe-Off“-Kappabend in Weisbach – in der Faschingszeit wurde neben Prunksitzungen und Umzügen am Abend eifrig gefeiert und bei bester Stimmung auch mal getanzt.

TT-Mädels erfolgreich

Großer Erfolg für den Tischtennisnachwuchs des TV Eberbach bei der Regionsrangliste. Mely Chen gewann die Altersklasse U 12, Leni Hallstein wurde Dritte in der U 14. Beide qualifizierten sich damit für die Badische Rangliste am 15./16. März.

Das Wetter

im Südwesten



13|-2
Heute



16|-2
Morgen



16|-1
Übermorgen

So erreichen Sie uns:

Anzeigenannahme und

Vertriebsservice:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-74 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-974 00

anzeigen@eberbacher-zeitung.de

leserservice@eberbacher-zeitung.de

Redaktion:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-67 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-967 00

redaktion@eberbacher-zeitung.de

Neuer Markt 8

69412 Eberbach



4 195292 702407



Trauer in Mannheim

Nach dem Auto-Anschlag von Mannheim mit zwei Toten ist das Motiv des Täters weiter unklar. Hinweise auf einen extremistischen Hintergrund

gibt es nicht. Gegen den Mann wurde Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes erlassen. Am Paradeplatz legten

viele Menschen am Dienstag Blumen und Kerzen für die Opfer ab. Foto: Tim Wegner/epd Südwestumschau

Aufrüstung: Von der Leyen legt 800-Milliarden-Plan vor

Sicherheit US-Präsident Trump stoppt alle Militärhilfen für die Ukraine. Die Präsidentin der EU-Kommission will die Verteidigung Europas auf neue Beine stellen.

Zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel zur Ukraine hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben. Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren. Die EU könne sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine steigern.

Europa sei mit einer „klaren und gegenwärtigen Gefahr“ kon-

frontiert, wie sie „keiner von uns in seinem Leben gesehen hat“, betonte von der Leyen in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs. Sie schlug „ein neues EU-Finanzinstrument“ vor, um die Mitgliedsländer bei der Aufrüstung zu unterstützen. Es soll Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro umfassen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind. Damit könnten die Staaten unter anderem Luftabwehrsysteme, Artillerie, Raketen und Munition beschaffen und die Ukraine unterstützen. Zudem schlug die

EU-Kommissionspräsidentin vor, die europäischen Schuldenregeln zu lockern. Dies könne „fiskalischen Spielraum von nahezu 650 Milliarden Euro über einen Zeitraum von vier Jahren schaffen“, sagte von der Leyen. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) begrüßte von der Leyens Plan.

US-Präsident Donald Trump hatte am Montag angeordnet, die Militärhilfen der Vereinigten Staaten für die Ukraine auszusetzen. Damit erhöhte er nach einem eskalierten Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten

Wolodymyr Selenskyj am Freitag den Druck auf Kiew.

Selenskyj äußerte am Dienstag sein Bedauern über den Streit. „Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf X. Er sei bereit, unter Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden und schlug eine Waffenruhe zur Luft und zur See zur Vorbereitung von Verhandlungen vor. **afp/swp**

Kommentar
Themen des Tages Seite 2
Politik

Mehrheit im Land will mehr Investitionen

BaWü-Check Die Bevölkerung im Südwesten sieht die Schuldenbremse kritisch.

Stuttgart. Die Menschen in Baden-Württemberg sehen das Festhalten an der Schuldenbremse mehrheitlich kritisch: 50 Prozent der Bevölkerung sind dafür, die Schuldenbremse im Land zu lockern, um in wichtigen Bereichen mehr zu investieren. Nur 36 Prozent plädieren hingegen für ein Festhalten an einem strikten Sparkurs, 14 Prozent sind in der Frage unent-

schieden. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die vom Allensbach-Institut durchgeführte Erhebung ergab dabei auch sehr klare Vorstellungen, wo im Südwesten das Geld dringend benötigt

werde: 93 Prozent der Befragten wollen Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Sozialstationen stärken, fast ebenso viele sehen Investitionsbedarf bei Schulen, Kindergärten und Kitas. Auch die Ausstattung der Polizei, der Ausbau von Straße und Schiene, Wohnungsbau und öffentlicher



Nahverkehr stehen bei den Befragten hoch im Kurs.

Echtes Sparpotenzial sehen die Bürger hingegen deutlich seltener – am ehesten bei Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen, der Unterstützung von Sportvereinen sowie lokalen Klimaprojekten wie zum Beispiel dem Bau von Radwegen. **Roland Müller**

Südwestumschau

Ey, Alter!

Na, heute früh schon im Spiegel die neuen Falten gezählt? Oder das nächste graue Haar entdeckt? Den Spruch „Ich kenn' dich nicht, aber ich wasch' dich trotzdem“ gemurmelt? Wir alle wissen: Ab dem Alter von 30 Jahren geht's bergab. Muskelmasse verschwindet mit einem Prozent pro Jahr, Zipperlein setzen ein, die gekannte medizinische Fachrichtungen halten Einzugs ins eigene Leben.

Man kann natürlich dagegen antrainieren, gesund dagegen anessen – oder mit den Segnungen der Kosmetikindustrie ver-

suchen, den Verfall aufzuhalten. Trotzdem sichert einem eine gewisse Gottergebenheit in solchen Fragen durchaus die nervliche Gesundheit.

Zugegeben, die Altersforschung macht Fortschritte, in Deutschland engagiert sich sogar eine Partei dafür. Allerdings sammelte die Partei für Verjüngungsforschung bei der Bundestagswahl deutschlandweit gerade mal 204 Stimmen ein. Bis wir irgendwann doppelt so lange leben, könnte es also noch dauern.

Wichtig für alle Jugendanbeter ist in der Zwischenzeit vor allem, einen kühlen Kopf zu bewahren. Denn wie Forscherinnen der University of Southern California herausgefunden haben, lässt uns langanhaltende Hitze biologisch schneller altern. Die genauen Gründe haben die Studienautoren zwar nicht erforscht. Schön kühl halten kann aber jedenfalls nicht schaden. Zur Sicherheit kann man ja beim Blick in den Spiegel auf die Brille verzichten. **Stefan Kegel**



EU-Kommission Hilfe für die Autobranche

Brüssel. Die EU-Kommission präsentiert an diesem Mittwoch die Ergebnisse ihres Austauschs mit der Auto-Branche. Die Behörde hatte Ende Januar ein Dialog-Format gestartet, in dem sie unter anderem mit Autobauern und Gewerkschaftsvertretern gesprochen hatte. Bereits am Montag hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, dass Autobauer mehr Zeit bekommen sollen, um EU-Klimavorgaben einzuhalten. **dpa**
Kommentar Seite 2

USA

Huthi wieder auf Terrorliste

Washington. Die USA haben die Huthi-Miliz im Jemen wieder auf ihre Liste ausländischer Terrororganisationen gesetzt. US-Außenminister Marco Rubio erklärte, die Entscheidung stehe im Dienste „der Sicherheit des amerikanischen Volkes und der Vereinigten Staaten“. Präsident Donald Trump hatte ein entsprechendes Dekret am 22. Januar unterschrieben und damit eine Entscheidung der Vorgängerregierung von Joe Biden rückgängig gemacht. **afp**

Kommentar
Guido Bohsem
zur Finanzierung
der Verteidigung



Kredite allein reichen nicht

Um die Verteidigung der Bundesrepublik sicherzustellen, fehlt der künftigen Regierung sehr viel Geld. Es würde nicht funktionieren, diese Summen schnell und verlässlich aus dem Bundesetat zur Verfügung zu stellen. Die dazu notwendige Kürzung der Sozialausgaben (die den größten Teil des Haushalts ausmachen) würde das Land überfordern. Steuererhöhungen in diesem Ausmaß verbieten sich ebenfalls, wenn die Wirtschaft nicht in eine noch tiefere Rezession gezogen werden soll. Nein, an einer Schuldenfinanzierung führt kein Weg vorbei.

Allerdings darf die Aufrüstung nicht ausschließlich mit neuen Krediten bezahlt werden. Wie jeder weiß, der sich schon mal verschuldet hat, werden damit die Lasten in die Zukunft verschoben. In diesem Fall trifft es Kinder und Kindeskiner, die ihr gesamtes Steuerzahlerleben damit verbringen werden, die Zinszahlungen für die geplanten Sondervermögens aufzubringen.

Um einigermaßen gerecht vorzugehen, muss auch die aktuell verantwortliche Generation ihren Beitrag leisten, durch mehr Arbeit oder durch Einsparungen oder durch Steuererhöhungen – oder durch eine Kombination der drei Punkte.

Wehrpflicht gefordert

Bundeswehr Ein

CSU-Abgeordneter will ein Ende der Aussetzung.

Berlin. Der CSU-Politiker Florian Hahn fordert wegen der veränderten Bedrohungslage die Wiedereinführung einer Wehrpflicht noch in diesem Jahr. „Die Aussetzung der Wehrpflicht passt nicht mehr zur aktuellen Gefährdungslage. Noch im Jahr 2025 müssen die ersten Wehrpflichtigen durch die Kasernenorte schreiten“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der „Bild“-Zeitung. Deutschland brauche jetzt „eine glaubwürdige Abschreckung durch eine personelle Aufwuchsfähigkeit“. **dpa**